

Wahlen in Chile: Die Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

Cristóbal Rovira Kaltwasser

Am 17. November 2013 finden in Chile zeitgleich Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Die Sozialistin Michelle Bachelet, Präsidentin des Landes in den Jahren 2006 bis 2010, führt alle Umfragen an. Der von ihr angestrebten Mitte-Links-Koalition werden gute Chancen eingeräumt, eine parlamentarische Mehrheit zu erzielen.

Analyse

Die Wahlen finden genau 40 Jahre nach dem Putsch des Generals Pinochet gegen Salvador Allende statt. Familien- und Lebensgeschichte der beiden Spitzenkandidatinnen Michelle Bachelet und Evelyn Matthei stehen für die Notwendigkeit, sich mit dem Erbe der Pinochet-Diktatur auseinanderzusetzen. Trotz ökonomischen Wachstums befindet sich das politische System in einer kritischen Lage, sind die etablierten politischen Parteien delegitimiert und verzeichnen soziale Bewegungen neuen Zulauf.

- Die Diktatur Pinochets und die im Jahr 1990 ausgehandelte Form der politischen Transition werfen nach wie vor lange Schatten auf die chilenische Gesellschaft und das politische System.
- Die Phase makroökonomischen Wachstums seit der Transition war gleichzeitig von einem Reformstau in vielen Bereichen gekennzeichnet. Vor allem das Bildungssystem, die noch während der Diktatur verabschiedete Verfassung und das Steuersystem müssen dringend reformiert werden.
- Die Wiederwahl von Michelle Bachelet zur Präsidentin wäre nicht nur an sich schon ein Novum in Chile. Neu ist auch, dass die sie stützenden Parteien erstmals ein Bündnis mit der Kommunistischen Partei eingehen wollen.
- Demgegenüber ist die chilenische Rechte vor allem wegen unterschiedlicher Positionen zum Erbe der Diktatur gespalten. Eine Wahlniederlage der Rechten würde diese Konflikte verschärfen.
- Auch im Falle eines Wahlsiegs ist es unwahrscheinlich, dass Michelle Bachelet die für Verfassungsänderungen notwendige Mehrheit im Parlament erreicht.

Schlagwörter: Chile, Wahlen, soziale Bewegungen, politische Parteien

Der lange Schatten der Diktatur

Chile befindet sich am Ende eines politischen Zyklus. Nach 20 Jahren Diktatur war im Jahr 1990 ein Übergang zur Demokratie ausgehandelt worden, der in zweierlei Hinsicht erfolgreich war: Die wirtschaftliche Entwicklung verlief positiv und das Land genoss politische Stabilität. Allerdings blieben wichtige Reformen bislang aus. Das gilt an erster Stelle für die „Verfassung der Diktatur“, die immer noch in Kraft ist: Sie war von engen Beratern Pinochets ausgearbeitet und 1980 in einem Referendum von der Bevölkerung angenommen worden, dessen Durchführung weder frei noch fair war. Nicht ohne Grund bezeichnet der Politikwissenschaftler Claudio Fuentes (2013) dieses Referendum als den größten Wahlbetrug der chilenischen Geschichte.

Seit Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1990 haben sich die chilenischen Parteien des Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Spektrums mehrfach auf einzelne Verfassungsänderungen geeinigt. So verschwanden viele undemokratische Regelungen, wie beispielsweise die Ernennung von Senatoren ohne vorherige Wahl. Allerdings enthält die Verfassung nach wie vor fragwürdige Bestimmungen, dazu gehört das Wahlsystem, das durch Überrepräsentierung großer Parteien nicht nur die dominante Stellung der rechten Parteien im Parlament sichert, sondern auch den Einzug neuer Parteien behindert.

Ziel der Verfassung von 1980 war die langfristige Absicherung der umfassenden neoliberalen Maßnahmen der Pinochet-Diktatur. Veränderungen des Bildungssystems setzen beispielsweise qualifizierte Mehrheiten voraus. Im Kontext der marktorientierten Reformen wurde das Bildungssystem kontinuierlich ausgeweitet, vor allem durch die Gründung privater Universitäten. Die Ausbildungsqualität blieb aber mangelhaft und die Studienkosten sind sehr hoch. Der chilenische Staat verfügt heute nur über geringe Möglichkeiten zur Steuerung der Qualität der Universitäten und zur Kontrolle der von ihnen erwirtschafteten Gewinne, obwohl das Betreiben von Universitäten mit dem Ziel, Profite zu erwirtschaften, gesetzlich verboten ist. Viele Studierende müssen Kredite zur Finanzierung eines Studiums aufnehmen, das sich am Ende wenig lohnt. Ihre Verschuldung und das Scheitern ihrer Hoffnungen auf sozialen Aufstieg durch einen Universitätsabschluss stellen ein zentrales gesellschaftliches Problem dar.

Zugleich herrschen in Chile trotz guter makroökonomischer Wirtschaftsindikatoren nach wie

vor extreme sozioökonomische Ungleichgewichte. Trotz kontinuierlichen Wirtschaftswachstums, geringer Inflationsraten und einer Verminderung der absoluten Armut hat sich die Einkommensverteilung kaum verändert. Mit Ausnahme mancher Technokraten und rechtskonservativer Politiker glaubt mittlerweile in Chile niemand mehr daran, dass die Bewahrung des neoliberalen Systems Pinochets hierfür eine Lösung bietet. Chile braucht vielmehr eine progressive Steuerreform, gegen die sich allerdings große Teile des Unternehmertums sowie der politischen Rechten stellen. Dieser Reformstau verursacht hohe politische und soziale Kosten, die auch unter der aktuellen rechtsliberalen Regierung von Sebastián Piñera (seit 2010) evident geworden sind.

Zunehmende Proteste

Im Jahr 2011 erlebte das Land die größten Proteste seit der Rückkehr zur Demokratie: Die Aktionen gingen von einer starken Studentenbewegung aus, deren bekannteste Persönlichkeit Camila Vallejos ist, Mitglied des Jugendverbands der Kommunistischen Partei Chiles. Sie wurde 2011 von der britischen Zeitung *The Guardian* zur Person des Jahres gewählt. Gemeinsam mit anderen Studentenführern hat sie massive Demonstrationen gegen die Regierung Piñera und für eine Reform des Bildungssystems geleitet. Die Bewegung hatte jedoch Vorläufer. Schon im Jahr 2006 hatte es eine Schülerbewegung für ein besseres und gerechteres Bildungssystem gegeben, die auf große Zustimmung in der Bevölkerung gestoßen war. Damals war Michelle Bachelet Präsidentin und sie leitete einige Verbesserungen ein, aber keine strukturelle Reform des Bildungssystems. Insofern war es nur eine Frage der Zeit, wann es zu neuen Protesten und Forderungen nach einer grundlegenden Reform kommen würde. In der Tat steht die Studentenbewegung von 2011 in direkter Verbindung zu den Schülerprotesten von 2006. Beide Bewegungen kämpften für dasselbe Ziel und entfalteten eine Argumentationslinie, die eines der Hauptprobleme der chilenischen Gesellschaft auf den Punkt bringt: Ohne ein Bildungssystem, das allen Schichten zugutekommt, lässt sich die immense soziale Ungleichheit des Landes nicht bekämpfen und soziale Mobilität bleibt ein leeres Versprechen (Donoso 2013).

Doch nicht nur Schüler und Studenten protestieren gegen Missstände. In den letzten Jahren

erlebte Chile insgesamt eine Wiedergeburt der Zivilgesellschaft und sozialer Bewegungen. So fanden im Jahr 2011 auch massive Demonstrationen gegen die Errichtung eines gigantischen Wasserkraftwerks in Patagonien statt und 2012 entstand in der südlichen Region von Aysén eine Bewegung, die eine bessere Verkehrsinfrastruktur sowie medizinische Versorgung in der Region forderte. Diese Ausbreitung von Protestwellen mit unterschiedlichen Forderungen und Zielen zeigt:

- Die etablierten politischen Parteien haben die Verbindung zur Zivilgesellschaft weitgehend verloren und die Vorstellungen und Interessen der chilenischen Wähler werden von ihnen kaum mehr vertreten (Luna und Altman 2011). Während die Wähler anspruchsvoller sind und ihr politisches Denken komplexer geworden ist, sind die etablierten Parteien politisch erstarrt; zudem ist ein gewisser Grad von Nepotismus nicht zu verkennen. Wie Abbildung 1 zeigt, fühlt sich die Masse der chilenischen Wähler von den existierenden Parteien nicht repräsentiert.
- In Chile formieren sich immer mehr kritische Bürger und verlangen eine Demokratisierung der staatlichen Institutionen. Woher kommen diese kritischen Bürger? Eine plausible Antwort auf diese Frage hat Pippa Norris (2011) gegeben: Je mehr sich die Wirtschaft entwickelt und je besser der Zugang der Bevölkerung zu Ressourcen ist, desto größer ist die Chance, dass die Wähler nicht nur eine stärkere politische Repräsentanz einfordern, sondern auch die politische Klasse zur Rechenschaft ziehen.

Gewiss sind kritische Bürger ein Gewinn für die chilenische Demokratie. Doch bedeuten sie auch eine Herausforderung für die etablierten politischen Parteien, die den Kontakt zu den Wählern

und zur jungen Generation verloren und noch keinen Ausweg aus dieser Lage gefunden haben. Die Forderungen der Studierenden legen nahe, dass eine Lösung in der Entwicklung neuer programmatischer Leitlinien liegen könnte. Kosmetische Reformen werden nicht ausreichen, um ein Abklingen der Proteste zu bewirken. Daher ist es kein Zufall, dass im derzeitigen Wahlkampf eine Debatte um weitreichende gesellschaftliche Veränderungen entbrannt ist.

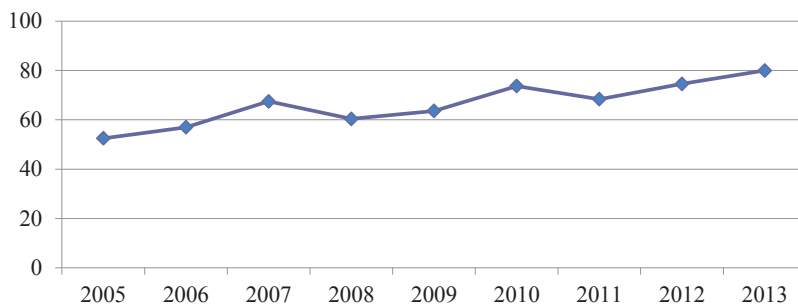
Wahlkampf

Drei Themen dominieren den Wahlkampf: die Bildungs-, Steuer- und Verfassungsreform. In Reaktion auf die Studentenbewegung ist Bildung eines der zentralen Themen des Wahlkampfes – allerdings lässt sich ohne eine progressive Steuerreform keine echte Bildungsreform durchführen.

Mit Ausnahme eines Großteils der rechten Politiker sind alle anderen politischen Kräfte der Ansicht, dass die Verfassung einer Veränderung bedarf; uneins ist man sich darüber, auf welchem Weg diese Änderung eingeleitet werden soll. Während nicht wenige für die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung und die anschließende Befragung der Bevölkerung plädieren, setzen sich andere dafür ein, dass dieses bedeutende Reformprojekt durch das Parlament realisiert wird. Weitere Themen des Wahlkampfes sind Forderungen nach größerer politischer Autonomie der Regionen, einer Stärkung der Rechte der Arbeiter wie auch nach einer ökologischen Reform.

Ungewöhnlich für Chile ist die große Anzahl von Kandidaten für die Präsidentschaftswahl: Es bewerben sich neun Konkurrenten mit sehr unterschiedlichen politischen Karrieren. Der Grund dafür liegt in der wachsenden Delegitimierung der etablierten Parteien. In der Tat machen nicht die Parteien, die ihre Kandidatur unterstützen, die Stärke von Bachelet aus, sondern ihre Fähigkeit, sich als Repräsentantin des gesamten Volkes zu präsentieren, sowie ihre gezielte Distanzierung von den politischen Parteien generell. Gleichzeitig macht sie keine klaren programmatischen Ankündigungen. Zwar ist bekannt, dass sie eine Bildungs-, Steuer- und Verfassungs-

Abbildung 1: Abwendung von den politischen Parteien in Chile *



* Prozentualer Anteil der Bevölkerung, der auf die Frage „Welche der folgenden politischen Parteien repräsentiert Ihre Ideen, Werte und Interessen am besten?“ antwortet „Keine“ oder die Frage nicht beantwortet.

Quelle: Instituto de Investigación en Ciencias Sociales (ICSO), Universidad Diego Portales, online: <www.icsoc.cl> (17. Oktober 2013).

reform einleiten will, zur Reichweite und Art dieser Reformen hat sie sich bislang aber wenig geäußert.

Nach allen Umfragen wird Michelle Bachelet die Wahlen am 17. November gewinnen. Ungewiss ist, ob sie tatsächlich im ersten Wahlgang mehr als 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen kann. Wenn nicht, wird es am 15. Dezember zu einer Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten kommen, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben. Nach Sachlage und Erfahrung müsste Evelyn Matthei, die Kandidatin der Rechten, auf den zweiten Platz kommen – aber diesmal könnte alles anders werden, weil die Auseinandersetzungen zwischen der liberalen und der konservativen Fraktion der Rechten deren Kampagne erschwert haben. Die Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten war für die Rechte eine mühsame Aufgabe und das Ergebnis nicht besonders überzeugend: Zwar ist Evelyn Matthei eine bekannte Politikerin, sie ist aber auch bekannt als vehemente Verteidigerin der Regierung Pinochets. Als mit dem Plebiszit von 1988 über dessen Verbleib im Amt für weitere zehn Jahre abgestimmt wurde, votierte sie für den Diktator. Zudem war ihr Vater, Fernando Matthei, unter Pinochet Oberbefehlshaber der Luftwaffe und einer der vier Generäle der Militärjunta.

Auch Bachelets Vater war General der Luftwaffe. Er hatte aber den Putsch gegen Salvador Allende im Jahr 1973 nicht unterstützt und wurde deshalb verhaftet; er starb an den Folgen der erlittenen Folterungen. Insofern ist der Wettbewerb zwischen Michelle Bachelet und Evelyn Matthei symbolisch aufgeladen. Es geht nicht nur um künftige Reformen, sondern auch um die Interpretationshoheit über die Vergangenheit. Mit dem 40. Jahrestag des Putsches gegen Allende am 11. September 2013 hat die Kultur des Erinnerns an die Diktatur erneut an Brisanz gewonnen. Es gibt eine breite Debatte in der Öffentlichkeit zu Ursachen und Nachwirkungen der Diktatur. Etliche Fernsehprogramme zeigten noch nie gesehene Bilder, die die Brutalität der Regierung Pinochet belegen.

Vor allem die Rechte ist überfordert mit dem Bedürfnis nach Geschichtsaufarbeitung, das insbesondere von der jungen Generation geäußert wird. Aber dies gilt teilweise auch für die Mitte-Links-Parteien, die das Land zwischen 1990 und 2010 regiert haben: Junge Leute fragen zu Recht, ob diese Parteien ihre Politik der kleinen Schritte und Kompromisse nicht überzogen haben. Zudem gibt es Anzeichen, die auf eine Erschöpfung dieser Parteien hindeuten. Die Postenvergabe beruht bei

ihnen auf politischer Loyalität und nicht auf Meriten, und häufig kommt es zu Konflikten bei der Rekrutierung politischen Personals.

Die führenden Köpfe der Studentenbewegung sind inzwischen zu wichtigen politischen Akteuren geworden. Sie spielen eine große Rolle in der Öffentlichkeit, haben aber ein schwieriges Verhältnis zur sogenannten *Concertación*, das heißt zum Bündnis der Mitte-Links-Parteien, das das Land zwischen 1990 und 2010 regierte. Mehrere von ihnen kandidieren als Unabhängige bei den Parlamentswahlen, nachdem die *Concertación* ihre Forderung nach offenen Vorwahlen zur Kandidatenkür abgelehnt hatte. Diese Entscheidung macht deutlich, dass sich die etablierten Mitte-Links-Parteien absichern möchten und nicht geneigt sind, die Formierung neuer Allianzen zu befördern. Sie wurden dafür in der Öffentlichkeit vielfach kritisiert und die *Concertación* konnte an diesem Punkt in die Enge getrieben werden. So kandidiert ein bekannter und begabter Führer der Studentenbewegung, Giorgio Jackson, in einem Bezirk von Santiago, in dem die Parteien der *Concertación* nach langer interner Auseinandersetzung darauf verzichtet haben, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Damit ist seine Wahl gesichert und die *Concertación* konnte sich mit Anstand zurückziehen.

Konflikte im Lager der Rechten

Die aktuelle Regierung von Sebastian Piñera war die erste demokratisch gewählte Regierung der politischen Rechten in Chile seit mehr als 50 Jahren. Sie hatte die Wahlen im Jahr 2009 nicht nur gewonnen, weil sich Piñera von der Diktatur Pinochets distanziert, sondern auch, weil er sich zur politischen Mitte hinbewegt hatte. Er kritisierte die Rolle der Rechten während der Pinochet-Diktatur; der von ihm geprägte Begriff der „passiven Komplizen“ löste eine heftige Debatte aus. In der Tat kämpft er seit Langem für die Konsolidierung einer liberalen Rechten, die sich teilweise – aber nicht nur – unter dem Dach seiner Partei *Renovación Nacional* entwickelt hat. Gleichwohl gibt es im Land auch eine konservative Rechte, die von der Partei *Unión Demócrata Independiente* repräsentiert wird und das Erbe der Diktatur verteidigt. Die Ideologie dieser Partei besteht aus einem Amalgam von ökonomischem Neoliberalismus und moralischem Konservatismus.

Nur ein paar Tage vor der Amtseinführung von Sebastián Piñera ereignete sich in Chile ein verhee-

rendes Erdbeben. Daher war er im ersten Jahr seiner Regierung mit dem Wiederaufbau des Landes beschäftigt. Der größte Teil der benötigten Mittel wurde durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Unternehmenssteuern aufgebracht. Diese Steuerreform löste allerdings einen Konflikt im eigenen Lager aus. Wichtige Akteure der Rechten protestierten, die Steuererhöhungen würden sich negativ auf die Wirtschaft auswirken. Doch die Statistiken der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Comisión Económica para América Latina y el Caribe, CEPAL) beweisen das Gegenteil: Zwischen 2010 und 2012 sank die Arbeitslosigkeit von 8,2 auf 6,4 Prozent und das Bruttosozialprodukt wuchs pro Jahr um durchschnittlich 5,8 Prozent.¹

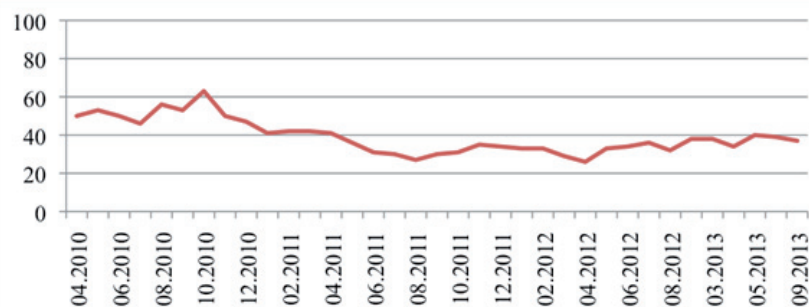
Die Erfolge der Regierung Piñera sind nicht auf den ökonomischen Sektor beschränkt. So hat seine Regierung die bezahlte Mutterschaftszeit nach der Geburt von drei auf sechs Monate verlängert. Darüber hinaus hat er gute zwischenstaatliche Beziehungen in der Region aufgebaut, obwohl die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder gegenwärtig von Mitte-Links-Kräften regiert wird.

Allerdings gab es innerhalb seiner Regierung heftige Konflikte zwischen der liberalen und der konservativen Fraktion. Diese ständigen Streitereien erklären zum Teil, warum Piñera in den Umfragen so wenig politische Zustimmung bekommt. Wie Abbildung 2 zeigt, gab es nur eine einzige Phase während seiner Regierungszeit, in der er breite Zustimmung in der Bevölkerung erhielt: Als die Aktion zur Rettung von 33 Bergleuten ein glückliches Ende fand. Dank seiner aktiven Mitwirkung konnten im Oktober 2010 alle Bergleute befreit werden, die drei Monate lang in einer Kupfer- und Goldmine im Norden des Landes eingeschlossen gewesen waren.

Ein weiterer Faktor zur Erklärung der breiten Ablehnung der Regierung Piñera waren die Skandale, die durch die Nähe des Präsidenten und mehrerer seiner Mitarbeiter zur Wirtschaft ausgelöst wurden. Ein paradigmatisches Beispiel dafür ist der Fall von Laurence Golborne, der im Jahr 2010

als Bergbauminister zuständig für die Rettungsaktion der Bergleute war und dadurch große Popularität gewann. Golborne hatte an der Spitze einer der größten Holdings des Landes (Centros Comerciales Sudamericanos S.A., CENCOSUD) gestanden, bevor er sein Regierungsamt antrat. Anfang 2013 erklärte der Oberste Gerichtshof Chiles, diese Holding habe sich massiver Verletzungen des Verbraucherschutzes schuldig gemacht, und zwar zu der Zeit, als Golborne an ihrer Spitze stand. Gleichzeitig wurde durch die Medien bekannt, dass Golborne Konten in Steueroasen besitzt. Diese Informationen machten seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen unmöglich. Piñera selbst ist einer der reichsten Männer Lateinamerikas. Sein Auftreten ist nicht so sehr staatsmännisch und volknahe, sondern eher managerhaft und elitär. Das Verhalten des Präsidenten und seiner engsten Mitarbeiter trägt sicherlich zur Unbeliebtheit der Regierung bei.

Abbildung 2: Zustimmung zur Regierung von Sebastián Piñera in Prozent



Quelle: Darstellung des Autors auf Basis der Daten bei Adimark GfK (<www.adimark.cl>, 15. Oktober 2013).

Der ungewisse Ausgang der Reformpläne

Eine neue Entwicklung ist die Allianz des bisherigen Bündnisses *Concertación* mit der Kommunistischen Partei Chiles. Das könnte den Wahlerfolg für etliche kommunistische Abgeordnete bedeuten, unter anderem für die ehemalige Studentenführerin Camila Vallejos, die ebenfalls in einem Bezirk von Santiago kandidiert. Die Kommunistische Partei besitzt gute Verbindungen zu bestimmten Organisationen der Zivilgesellschaft und könnte bei neuen Protestwellen eine wichtige Rolle in einer künftigen Regierung Bachelet spielen. Doch es gibt bedeutende programmatische Unterschiede zwischen der Kommunistischen Partei und den bisherigen Parteien der *Concertación*, vor allem bei den Themen Verfassungsänderung und Steuerreform. Außerdem präsentiert sich die Kommuni-

¹ CEPAL, CEPALSTAT, *Chile: Perfil Nacional Económico*, online: <http://interwp.cepal.org/cepalstat/WEB_cepalstat/Perfil_nacional_economico.asp?Pais=CHL&i Idioma=e> (15. Oktober 2013).

stische Partei nach wie vor als Verteidigerin der kubanischen Regierung und der Castro-Brüder. Doch Bachelet und ihr innerer Kreis hatten realisiert, dass die *Concertación* neue Wege beschreiten muss. Die Einbeziehung der Kommunisten trotz aller politischen Differenzen war also eine gezielte Strategie. Die erweiterte Koalition wurde in *Nueva Mayoría* („Neue Mehrheit“) umbenannt, ein Name, der das Interesse Bachelets signalisiert, eine breite Mitte-Links-Koalition zu bilden.

Doch es steckt noch mehr dahinter: Die *Concertación* hatte die neoliberalen Reformen Pinochets akzeptiert und teilweise umgestaltet, aber kein alternatives Gesellschaftsmodell entwickelt. Die chilenischen Wähler scheinen jedoch auf einen neuen Gesellschaftsvertrag zu setzen, um die existierenden sozioökonomischen Ungleichheiten zu beseitigen und eine gerechtere Ordnung zu schaffen. Die Autoren des in Chile viel diskutierten Buches *El otro modelo: Del orden neoliberal al régimen de lo público* („Das andere Modell: Von der neoliberalen Ordnung zu einem Regime der Allgemeinheit“, Atria et al. 2013) plädieren für einen neuen Gesellschaftsvertrag, der auf eine Stärkung des Staates und die Umsetzung sozialdemokratischer Grundsätze abzielt. Dies käme keineswegs einer Revolution gleich und es mangelt auch nicht an Experten, die solche Grundsätze in konkrete Politik umsetzen könnten. Die Frage ist vielmehr, ob die neue Regierung genügend Stimmen im Parlament haben wird, um die Verfassung zu ändern und um umfassende Reformen, zum Beispiel im Bildungssektor und im Steuersystem, durchführen zu können.

Falls eine neue Regierung Bachelet tiefgreifende Reformen durchführen könnte, würde sie mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Vorbild für moderate Linkskräfte in anderen lateinamerikanischen Ländern werden. Sie würde beweisen, dass sich eine Allianz etablierter Parteien mit Vertretern der Zivilgesellschaft und mit sozialen Bewegungen lohnt und praktisch realisierbar ist. Dilma Rousseff in Brasilien beispielsweise wird das Schicksal einer neuen Regierung Bachelet mit großem Interesse verfolgen, um daraus Lehren für ihre eigene politische Zukunft zu ziehen. Sollte es einer neuen Regierung Bachelet allerdings nicht gelingen, ein umfassendes Reformprogramm einzuleiten, könnte es in Chile zu einer neuen Protestwelle kommen und eine Krise des derzeitigen Systems politischer Repräsentation in Chile würde wahrscheinlicher.

Zukunftsszenarien

Obwohl mehrere Kandidaten der *Nueva Mayoría* in den Umfragen immer noch ganz vorn liegen, wird diese Koalition wohl kaum zwei Drittel des künftigen Parlaments kontrollieren und damit auch nicht die notwendige Stimmenzahl erreichen, um die Verfassung ändern zu können. Zwei Szenarien sind vorstellbar:

1. Bachelets Regierung erhält genügend Stimmen von der *Nueva Mayoría* und der liberalen Rechten, um einige Reformen durchführen zu können, beispielsweise eine Modifizierung des Wahlrechts und eine moderate Erhöhung der Unternehmenssteuern. Darüber hinaus aber wäre die Unterstützung im Parlament zum Beispiel für eine grundlegende Bildungsreform nicht ausreichend. Damit würde es nur zu einer modifizierten Wiederauflage ihrer Politik der kleinen Schritte kommen. Dieses Szenario ist nicht unrealistisch. Es erscheint allerdings wenig plausibel, dass die Vertreter der Studentenbewegung und der Kommunistischen Partei eine solche Entwicklung passiv verfolgen würden. Bachelet würde also einen hohen Preis zahlen, denn die Akteure der *Nueva Mayoría*, die einen besseren Draht zur Zivilgesellschaft haben und Proteste unter Umständen kontrollieren könnten, würden das Bündnis verlassen.
2. Aufgrund der Blockade der Rechten im Parlament kann eine künftige Regierung Bachelet keine Verfassungsänderung durchsetzen. Um diesen Engpass zu überwinden, plädiert sie für ein Referendum: Die Bevölkerung soll über die Einsetzung einer verfassungsgebenden Versammlung entscheiden, deren Verfassungsentwurf dann zur Volksabstimmung gestellt wird. Diese Lösung wäre hochproblematisch, weil sie von etlichen Politikern der *Nueva Mayoría*, vor allem von den Christdemokraten, abgelehnt wird. Zudem würde die Rechte protestieren und Klage beim Verfassungsgericht einreichen, das die Abhaltung eines Referendums mit hoher Wahrscheinlichkeit für verfassungswidrig erklären würde. Ein solcher Verlauf könnte eine neue Protestwelle hervorrufen und sowohl die Position Bachelets als auch den Zusammenhalt der *Nueva Mayoría* gefährden.

Ein zusätzlicher Faktor, der die Zukunft der neuen Regierung mit bestimmen wird, ist die wirtschaftliche Lage im Land. Die Prognosen sind positiv, doch die weltwirtschaftliche Entwicklung ist ein entscheidender Faktor. Chile hat eine sehr offene

Wirtschaft, deren Leistungsfähigkeit eng mit dem Weltmarktpreis für Kupfer verbunden ist. Kommt es auf globaler Ebene nicht zu einschneidenden wirtschaftlichen Veränderungen, wird das chilenische Bruttosozialprodukt mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter wachsen. Dies würde die Chancen einer Regierung Bachelet zur Durchführung weitreichender Reformen erhöhen, denn in diesem Fall hätten die Argumente marktliberaler Politiker und Technokraten innerhalb der *Nueva Mayoría* geringeren Einfluss. Bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Prognosen würden deren Argumente allerdings Gehör finden. Auch dies könnte die Erfüllung der drei wichtigsten Wahlversprechen Bachelets, Bildungs-, Steuer- und Verfassungsreform, gefährden.

Unabhängig vom Wahlausgang wird die Rechte in jedem Fall auch in der nächsten Regierungsperiode eine bedeutende Rolle im Parlament spielen. Die entscheidende Frage ist, ob sich die liberale und die konservative Fraktion innerhalb des rechten Lagers auf gemeinsame Positionen einigen können. Sollte es am 17. November zu einer empfindlichen Niederlage der rechten Parteien kommen, würden etliche Führer der liberalen Rechten eine ideologische Neuorientierung fordern. Dabei könnte Sebastián Piñera eine führende Rolle spielen, denn ihm ist bewusst, dass sich die Wertvorstellungen der chilenischen Wähler verändert haben und es im politischen und gesellschaftlichen Spektrum inzwischen einen Platz für eine liberale Rechte gibt. Die chilenische Verfassung schließt die direkte Wiederwahl eines Staatsoberhaupts aus, doch zweifellos wird Piñera bei den Präsidentschaftswahlen von 2017 erneut kandidieren. Insofern könnte eine Unterstützung bestimmter Reformen einer künftigen Regierung Bachelet im Interesse der liberalen Rechten liegen; auf diese Weise könnte sich Piñera als Vertreter einer modernen Rechten profilieren.

Seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1990 hat sich die chilenische Wirtschaft stark entwickelt. Laut Weltbank² verfügt das Land heute über ein kaufkraftbereinigtes Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf von 21.310 USD (oder von 15.356 USD zum offiziellen Wechselkurs). Als ärmstes Land in Westeuropa hat beispielsweise Portugal ein kaufkraftbereinigtes BSP pro Kopf von 24.770 USD (oder von 20.182 USD zum offiziellen Wechsel-

kurs). Davon ist Chile nicht mehr so weit entfernt. Dennoch sind die sozioökonomischen Ungleichheiten in Chile sehr viel größer als in Portugal. Die Erklärung liegt in der unterschiedlichen Entwicklung der Sozialsysteme: Während in Portugal in gewissem Umfang sozialdemokratische Grundwerte umgesetzt wurden, ist das chilenische Sozialsystem von neoliberalen Grundsätzen geprägt (Huber und Stephens 2012). Auch wenn die Transformation von einem neoliberal geprägten zu einem sozialdemokratischen Staat vielleicht nicht unmittelbar bevorsteht, könnte eine neue Regierung Bachelet doch die Weichen für eine solche Transformation stellen. Falls ihr das nicht gelingt, ist mit einer neuen Protestwelle und einer Krise des repräsentativen Systems zu rechnen.

Literatur

- Atria, Fernando, Guillermo Larraín, José Miguel Benavente, Javier Couso und Alfredo Joignant (2013), *El otro modelo: Del orden neoliberal al régimen de lo público*, Santiago de Chile: Random House Mondadori.
- Donoso, Sofia (2013), Dynamics of Change in Chile: Explaining the Emergence of the 2006 *Pinguino* Movement, in: *Journal of Latin American Studies*, 45, 1, 1-29.
- Fuentes, Claudio (2013), *El fraude: Crónica sobre el plebiscito de la Constitución de 1980*, Santiago de Chile: Editorial Hueders.
- Huber, Evelyn, und John D. Stephens (2012), *Democracy and the Left: Social Policy and Inequality in Latin America*, Chicago: Chicago University Press.
- Luna, Juan Pablo, und David Altman (2011), Uprooted but Stable: Chilean Parties and the Concept of Party System Institutionalization, in: *Latin American Politics and Society*, 53, 2, 1-28.
- Norris, Pippa (2011), *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*, Cambridge: Cambridge University Press.

2 The World Bank, *Data*, online: <<http://data.worldbank.org/indicator/NY.GNP.PCAP.PP.CD>> beziehungsweise <<http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD>> (15. Oktober 2013).

■ Der Autor

Cristóbal Rovira Kaltwasser studierte Soziologie und Politikwissenschaft an der Universidad de Chile und der Universität Heidelberg. Er promovierte an der Humboldt-Universität zu Berlin und war Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Anschließend war er Marie Curie Fellow an der University of Sussex und ist derzeit Professor für Politikwissenschaft an der Universidad Diego Portales in Santiago de Chile.

E-Mail: Cristóbal Rovira Kaltwasser <crisobal.rovira@udp.cl>

■ GIGA Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden politische Transformationsprozesse, die Bedeutung von Wahlen sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert.

■ GIGA Publikationen zum Thema

Lay, Jann, und Sebastian Prediger (2013), *Menschenwürdige Arbeit in einer Entwicklungsagenda Post-2015 / Decent Work in a Post-2015 Development Agenda*, Meinungsforum Entwicklungspolitik / Views on Development, 2, Frankfurt: KfW.

Marsteintredet, Leiv, Mariana Llanos und Detlef Nolte (2013), Paraguay and the Politics of Impeachment, in: *Journal of Democracy*, 24, 4, 110-123.

Nolte, Detlef, und Almut Schilling-Vacaflor (2012) (Hrsg.), *New Constitutionalism in Latin America: Promises and Practices*, Farnham: Ashgate

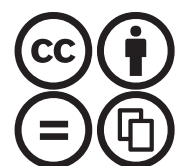
Nolte, Detlef, Britta Weiffen und Leslie Wehner (im Erscheinen): Overlapping Regional Security Institutions in South America: The Case of OAS and UNASUR, in: *International Area Studies Review*.

Wehner, Leslie (2011), Chile's Rush to Free Trade Agreements, in: *Revista de Ciencia Política*, 31, 2, 206-227, online: <www.scielo.cl/scielo.php?pid=0718-090X&script=sci_serial>.

Wehner, Leslie (2011), Developing Mutual Trust: The Othering Process between Bolivia and Chile, in: *Canadian Journal of Latin American and Caribbean Studies*, 36, 71, 109-138.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere die korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Sabine Kurtenbach; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und Stephan Rosiny; Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM